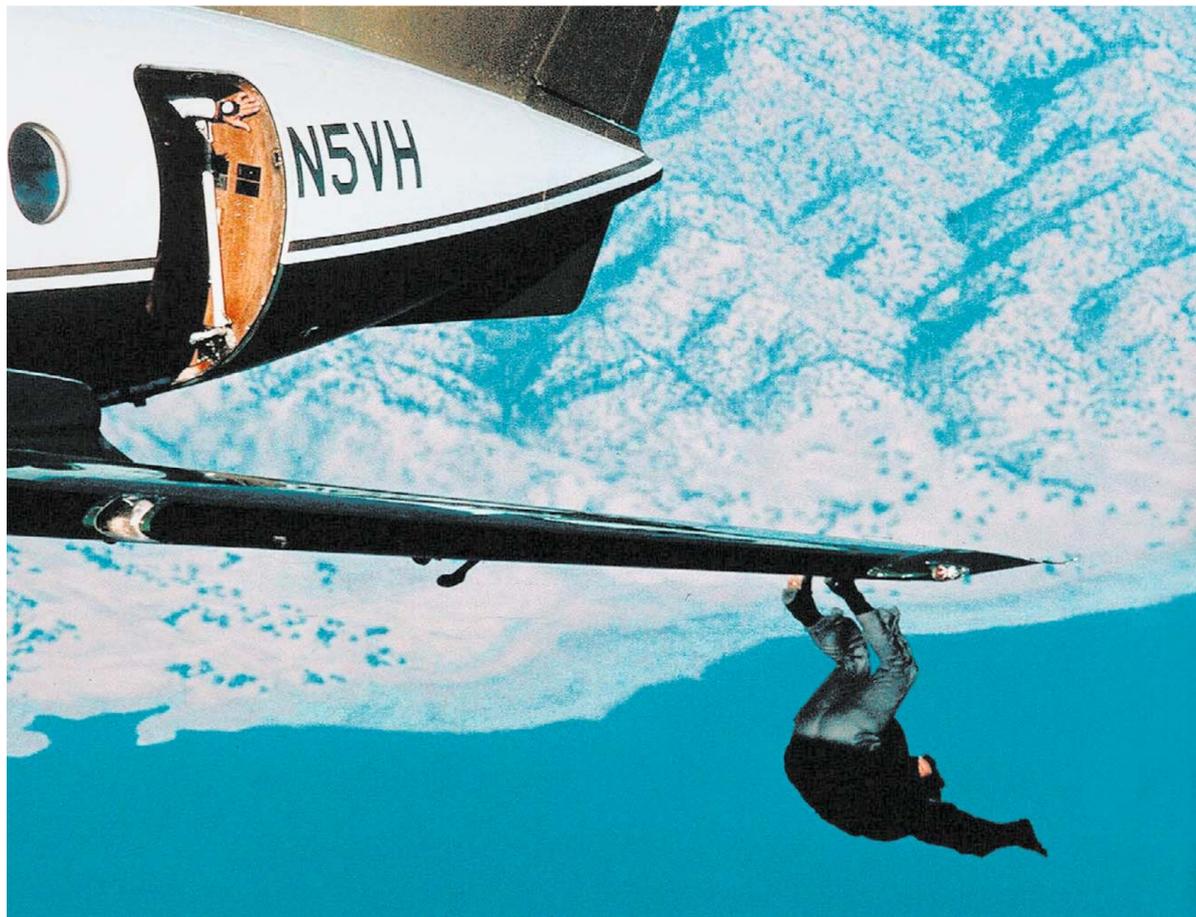




DAMALS: JUNI 1979

Abgehoben

Früher, als der Ost-West-Konflikt noch ein Konflikt war, als die amerikanischen Starautoren Agentenromane schrieben mit Titeln wie *Kälter als der kalte Krieg* und James Bond sich auf der Tragfläche fliegender Flugzeuge Showdowns mit den Feinden der Demokratie lieferte, früher war Auslandsgeheimdienstler noch ein Traumberuf. Die angehenden Agenten dachten, dass sie nachts an der Bar eines Nobelhotels mit einer schönen Frau ihren Drink kippen würden. Fantasien blühten auf beiden Seiten. Noch 1989 versuchten Stasi-Werbeoffiziere ostdeutsche Abiturienten mit dem Versprechen zu ködern: »Und in fünf Jahren haben Sie Ihren ersten Agenten gefangen!« Daraus wurde aber nichts mehr, und bald sollte dann auch Austin Powers als Spion in geheimer Missionarstellung auftreten. Der Agent wurde zum Witz und Otto Waalkes rief: »Herr Agent es brennt. Herr Spion ans Telefon!« EF



Fotos: ddp (aus dem Film »James Bond – Plootracker«, GB/1979); privat (u.)

Wir sind keine Zocker

Wie der Staat den Menschen Mut machen kann, sich in unsicheren Zeiten zu behaupten VON STEFFEN MAU

Als Jürgen Habermas 1985 von der »Neuen Unübersichtlichkeit« schrieb, ging es ihm um die steigende Komplexität der Gesellschaft und die Schwierigkeiten, diese gestaltend zu ordnen. Jetzt, ein Viertel Jahrhundert später, erscheint uns die alte Bundesrepublik – vor Tschernobyl, noch nicht vereint, vor 9/11, vor den neuen Kriegen, ohne Wirtschafts- und Finanzkrise – wie ein Idyll. Heute kennen wir die Steigerungsformen der damals diagnostizierten Unübersichtlichkeit. Ein Mehr an Verunsicherung, ein Mehr an Statusangst, ein Mehr an düsteren Zukunftsszenarien. Wenig wissen wir darüber, wie die Transformation von einer zukunftsgewissen zu einer zukunftsungewissen Gesellschaft verläuft.

Die Bundesrepublik, wie andere westliche Gesellschaften auch, galt seit den fünfziger und sechziger Jahren als Gesellschaft großer Wohlstands- und Sicherheitsgewinne. Immer weitere Teile der Bevölkerung erhielten Zugang zu Wohlstand und Bildungschancen. Zudem knüpfte der fürsorgende Staat ein dichtes Sicherungsnetz. Damit wurde nicht nur objektive Sicherheit produziert, sondern auch subjektive. Verlässlichkeit, Erwartbarkeit, Kontinuität waren die kulturellen Insignien dieser Zeit. Langfristig stabile materielle und politische Verhältnisse sorgten für Statussicherheit. Für die Bürger war damit eine grundlegende Sicherheit des sozialen Orientierungsrahmens gegeben, und die Unsicherheitstoleranz schrumpfte.

Spätestens mit Beginn der neunziger Jahre haben sich die Zeiten geändert: Das einstige »Wohlstandswunderland« existiert nicht mehr. Mit der allgemeinen Anhebung des Lebensstandards und sich ausweitender Inklusion ist es vorbei. Dafür stehen Entwicklungen wie die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, die Veränderungen der Familienstrukturen, die Reorganisation des Wohlfahrtsstaates und die Öffnung nationaler Märkte. Sie sind die Ursachen für abnehmende Lebensqualität, eine wachsende Wohlstandspolarisierung und größere soziale Verwundbarkeit. Erst kürzlich hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) eine Studie vorgelegt, welche die sich öffnende Schere der Ungleichheit und das Schrumpfen der Mittelschicht belegt. Die Gesellschaft wird danach mehr und mehr zur geneigten Ebene, auf der man zwar nach oben wandern, aber auch ohne Halt nach unten schlittern kann.

Schon heute können wir ein nicht gekanntes Ausmaß an Verunsicherung und Zukunftsängsten konstatieren. Mit einer weniger »sicheren« Zukunft stellen sich verschärfte Fragen von Planungs- und Handlungssicherheit. Wie gehen Menschen damit um, wenn sie an das Versprechen von Sicherheit gewöhnt sind? Welche Brandmauern bauen sie, um neue Sicherheitsgarantien zu gewinnen? Gibt es Spieler, Hasardeure, die das Risiko als Chance begreifen? Wo regieren Schockstarre und Resignation, wo Fatalismus, wo Widerstand? Sind Chaosqualifikation und Improvisationsvermögen die neuen Leisterne erfolgreicher Selbstbehauptung? Und

wo gibt es ein Erlernen neuer Formen der Risikobewältigung?

Die deutsche Wiedervereinigung ist ein Lehrstück für ein solches Verunsicherungsbeben. Je nach Ressourcen, mentaler Lagerung und Generationenzugehörigkeit gab es Gewinner und Verlierer des Zusammenbruchs der DDR. Es gab viele, die zwar zurechtkamen, aber nur mit hohen sozialen Kosten. Und es gab dramatische soziale Folgen wie eine »demografische Revolution« mit einer halbierten Geburtenrate, Scheidungen, Abwanderung en masse, berufliche Deklassierungen, Verdünnung peripherer Regionen. Heute steht wieder die Frage an, wie die Gegenwart durch das unsichere Zukünftige bestimmt wird: Führt die Wahrnehmung erhöhter Arbeitsmarktrisiken dazu, dass Paare ihren Kinderwunsch aufschieben oder ganz aufgeben? Gibt es im Kontext sozialpolitischer Sparpolitik neue Strategien der Eigenvorsorge, eine Privatisierung des Risikos? Sind düstere Zukunftsaussichten Auslöser für regionale Mobilität? Wie beeinflussen unsichere Bildungsrenditen individuelle Bildungsentscheidungen? Wo bleiben die, deren Risiken nicht mehr kollektivierbar erscheinen und die es allein nicht schaffen?

Eine verunsicherte Gesellschaft entscheidet über ihre Zukunft und Gegenwart zugleich. Das

Syndrom der Unsicherheit, der Destabilisierung, ist keineswegs auf den privaten Lebensbereich beschränkt. Die DIW-Studie benennt die Sicherung der Mitte »als eine wichtige Voraussetzung für die Stabilität demokratischer Entscheidungsprozesse«. Allerdings ist die Vision der gezähmten, übersichtlichen und sozial pazifizierten Wohlfahrtsdemokratie heute weniger greifbar denn je. Der alte Etatismus greift ins Leere, weil die politischen Institutionen und Akteure selbst auf unsicherem Grund agieren. Die Politik ist mit Erwartungen konfrontiert, die sie nur schwer erfüllen kann. Bei dem Versuch, Sicherheitsgefühl

le zu produzieren, scheitert sie regelmäßig und erreicht oft das Gegenteil.

Jenseits des Apells für größere »Risikofreude« braucht es einen politischen Plan, das heißt Ziele und dazugehörige Instrumente, die auf die neue Situation reagieren. Ein kurzatmiges Rummeln hier und da ist ungeschickter als eine richtige Umbaustategie, deren Logik auch erkennbar ist. Inhaltlich muss das alte Sicherungsmodell, welches sich auf die industriegesellschaftlichen Standardrisiken konzentrierte, auf den Prüfstand. Zu den neuen sozialen Risiken gehören atypische Beschäftigung, Pflege, Geringqualifizierung, ungewöhnliche Erwerbsbiografien, Alleinerziehung und Bildungsarmut. Worauf es in Zukunft ankommt, ist nicht die Vollkaskoversorgung, sondern sind robuste Grundsicherungen, die verhindern, dass Risiken in Marginalisierung und Mutlosigkeit umschlagen. Und es geht im Dahrendorfschen Sinne darum, auch für die Schwachen, Gescheiterten und Abgedrängten immer wieder Lebenschancen zu bieten. Da sind alle gefragt: Personalentscheider, Bildungspolitiker, sozialpolitische Institutionen, Schulen, Universitäten, Unternehmen, Kommunen. Bei der Rekrutierung von Personal sollten Umwege und Brüche auch gegen Teflonkarrieren

ihre Chance haben. Die frühe Sortierung von Kindern in ungleiche Bildungskanäle gehört abgeschafft. Bei privater Überschuldung braucht es einen schnelleren »fresh start«, wie er auch in anderen Ländern funktioniert. Zudem wünscht man sich mehr und bessere Ansätze zur »flexicurity«, also der Verbindung aus Flexibilisierung und Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt.

Und schließlich: Gesellschaften können lernen, mit einem höheren Maß an Risiken umzugehen. Aber jeder, dem dies abverlangt wird, stellt die Frage nach dem Wofür und Warum. Und deshalb ist die Gerechtigkeitsfrage, wie sie angesichts des Sparpakets gestellt wird, keine Frage nach dem Lametta auf dem Tannenbaum. Es ist die Frage nach der Verant-

wortung der starken und der schwachen Schultern, nach der Beteiligung aller. Denn Verteilungsgerechtigkeit und Risikogerechtigkeit liegen nah beieinander. Es ist kein Zufall, dass sich Zorn entlädt, wenn einige Akteure gesellschaftlichen Wohlstand verzocken und auch im Scheitern noch Gewinne machen, während die Masse riskiert und verliert. Zugleich sind Gerechtigkeit und die Verfügung über Lebenschancen auch der Humus, auf dem Risikotoleranz wachsen kann. Ohne eine solche moralische Plausibilität gegenwärtiger und kommender Reformen werden wir verkrampten. Wer sich hier wegduckt, erntet eine verunsicherte Gesellschaft. Arm an Vertrauen in andere und arm an Vertrauen in sich selbst.

WIDERSPRUCH

Doppelter Irrtum

Warum Obama und Merkel beide falsch liegen VON INGO KLAMANN

Wie kann ein Land gleichzeitig explodierende Schulden bedienen und in die Zukunft investieren, fragt Josef Joffe in seinem Leitartikel *Wo Obama irrt* (ZEIT Nr. 27/10) richtig und verweigert die lakonische Antwort: Gar nicht.

Kein noch so wild »sprießendes Wachstum« wird ein demokratisches Land in die Lage versetzen, gleichzeitig Schulden zu bezahlen, Zinsen zu bedienen und in die Zukunft zu investieren. Vielmehr müssen wir Prioritäten setzen.

Natürlich irrt derjenige, der den Konsum zum reinen Wirtschaftszweck erhebt. Doch es hilft ebenso wenig, Arbeitsleistung in Zinsen zu verwandeln, die es Wohlhabenden ermöglichen, noch mehr Guthaben durch noch luftigere Spekulationen anzuhäufen. Wo Obama irrt, muss Merkel nicht recht haben.

Die Gesellschaften der Erde stehen vor großen und nützlichen Aufgaben: Wir wollen weg von fossilen Energieträgern, wir brauchen intelligentere Verkehrsmittel, wir wünschen uns schönere Städte, wir wollen den Hunger bekämpfen. Das alles ist nötig, damit unsere Kinder frei und friedlich in einer gerechteren Welt leben. Wir können diese Ziele erreichen, wenn wir in sie Arbeit investieren – gut bezahlte Arbeit.

Die Fortschritte, die in der freien Marktwirtschaft der achtziger Jahre im Umweltschutz erreicht wurden, zeigen, dass der Markt helfen kann, nützliche Ziele zu erreichen. Selber setzen kann er nicht. Hierzu bedarf es gesellschaftlicher Lenkung und finanzieller Mittel, deren Fluss nicht dem Meer der größten Kapitalrendite zuströmt.

Was brauchen wir? Das Bewusstsein, dass Schulden und Guthaben zwei Seiten derselben Medaille sind. Eine Regierung mit Visionen, die nicht nur auf die Wiederwahl schaut. Eine Gesellschaft, die mutig genug ist, Geld, das man für vernünftige Ziele nicht zu vernünftigen Konditionen am Kapitalmarkt bekommt, selbst zu schaffen. Und den Willen, unseren Kindern Besseres als nur Staatsanleihen und Aktienfonds zu hinterlassen.

Ingo Klamann, 52, ist Unternehmensberater in Düsseldorf und Vater eines elfjährigen Sohnes

Jede Woche erscheint an dieser Stelle ein »Widerspruch« gegen einen Artikel aus dem politischen Ressort der ZEIT, verfasst von einem Redakteur, einem Politiker – oder einem ZEIT-Leser. Wer widersprechen will, schickt seine Replik (maximal 2000 Zeichen) an widerspruch@zeit.de. Die Redaktion behält sich Auswahl und Kürzungen vor.

STEFFEN MAU



ist Professor für politische Soziologie an der Universität Bremen. Zuletzt erschien von ihm gemeinsam mit Roland Verwiebe das Buch »Die Sozialstruktur Europas«